

**Sondersitzung der Bundesregierung am Mittwoch, den 17. Juni 1953**

*Teilnehmer: Adenauer, Blücher, Lehr, Dehler, Schäffer, Erhard, Seehofer, Neumayer, Lukaschek, Kaiser, Hellwege; Hallstein, Lenz, Sonnemann; Klaiber; von Eckhardt, Krueger; Selbach, Kilb; Blank, Blankenhorn, Tillmanns.  
Protokoll: Pühl.*

*Beginn: 12.30 Uhr    Ende: 13.00 Uhr*

**1. [UNRUHEN IN BERLIN UND IN DER DDR ]**

Es findet eine Aussprache des Kabinetts über die durch die Demonstrationen in Berlin geschaffene Lage statt. Nachdem der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen einen ausführlichen Bericht über den letzten Stand der Dinge in Berlin gegeben hat, bemerkt der Bundeskanzler ergänzend, daß er seinerseits Staatssekretär Prof. Dr. Hallstein angewiesen habe, in dieser wichtigen Frage laufend Verbindung mit der Alliierten Hohen Kommission zu halten. Es sei nach seiner Ansicht darüber hinaus erforderlich, in der für den Nachmittag des 17.6.53 vorgesehenen Plenarsitzung des Bundestages eine Erklärung der Bundesregierung zu den Ereignissen in Berlin abzugeben. Der Bundeskanzler verliest den Entwurf einer solchen Erklärung, die nach kurzer Aussprache mit geringen Änderungen vom Kabinett gebilligt wird.

**2. a) ENTWURF EINES GESETZES ZUR ÄNDERUNG UND ERGÄNZUNG DES ERSTEN ÜBERLEITUNGSGESETZES**

und

**b) ENTWURF EINES GESETZES ZUM AUSGLEICH DER VON DEN VERSICHERUNGSTRÄGERN DER GESETZLICHEN RENTENVERSICHERUNG IM HAUSHALTSJAHR 1952 ZU TRAGENDEN MEHRAUFWENDUNGEN**

[...]

*[Quelle: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Band 6, 1953, hg. für das Bundesarchiv von Hans Booms, bearb. von Ulrich Enders und Konrad Reiser, Boppard am Rhein 1989, S. 348/349]*

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---